

24. APR. 1964

## TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/74

Eonn, den 17. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1 - 2

Status quo minus

94

Blanke Restposten für die deutsche Krankenversicherung

Von Helmut Rohde, MdB

2a

Im Geiste Erich Ollenhauers

35

Eine begrüßenswerte Initiative der

Friedrich-Ebert-Stiftung

2a

Angebrachte Skepsis

15

Die Bundesregierung und die Preissteigerungen

5 - 4

Raumordnung über die Staatsgrenzen hinweg

77

Zur fünften europäischen Kommunalkonferenz in Straßburg

Von Gerhard Flämig, MdB

5 - 6

FLN 1964

98

Rückblick und Vorschau

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

## Status quo minus

### Blanks Restposten für die deutsche Krankenversicherung

Von Helmut Kohde, MdB

Bundeskanzler Erhard will zur Zeit offensichtlich den Eindruck erwecken, daß CDU/CSU und FDP auf dem Felde der Sozialpolitik in dem letzten Drittel der Legislaturperiode geschlossen exerzieren werden. Eingeleitet wurde sein Vorhaben auf dem Parteitag der CDU in Hannover. Hier hat die Parteitagsmehrheit den der CDU noch angehörender Arbeitnehmern nicht zuletzt aus koalitionspolitischen Erwägungen empfindliche Niederlagen beigebracht. Der Abgeordnete Katzer, Exponent der CDU-Sozialausschüsse, hat auf diesem Treffen nicht nur als Person in den Wahlen gegen den Arbeitsminister Blank verloren, jenen Mann, der gleichsam als sozialpolitische Symbolfigur der CDU wieder Präsidiumsmitglied dieser Partei geworden ist.

Auch in der Sache mußte Katzer einen schweren Rückschlag hinnehmen. Man doch von ihm die Forderung, daß der hannoversche Parteitag die Grundzüge eines zeitgerechten Sozialprogramms der CDU konzipieren sollte. Dieses Begehren wurde von denen, an die es gerichtet war, schlichtweg ignoriert. Katzer hatte dieser Partei zu viel zugemutet. Er hätte das eigentlich wissen sollen. Er gehört einer Partei an, die nicht mehr in der Lage ist, sich zu den Grundfragen der sozialen Ordnung einer modernen Industriegesellschaft mit einiger Verbindlichkeit zu äußern.

Übrig blieb also nach Hannover der von einigen engen Parteifreunden Erhards eingefädelt Versuch, sich gegenüber dem Koalitionspartner FDP sozialpolitisch offen zu halten. Das trifft insbesondere für die zwischen CDU und FDP bisher umstrittenen Fragen der Krankenversicherungsreform und der Lohnfortzahlung zu. So hat die CDU inzwischen die Absicht aufgegeben, in dieser Legislaturperiode des Parlaments eine umfassende Krankenversicherungsreform zu versuchen. Das jedenfalls ist Arbeitsminister Blanks eigenen Äußerungen zu entnehmen. Nach seinem Plan sollen nur noch einige Punkte des Krankenversicherungsrechts von der Gesetzgebung behandelt werden - und das soll in Tuschführung mit der FDP geschehen.

Was Blank nun bei diesen seinen Punkten im Visier hat, würde für die deutsche Krankenversicherung auf einen status quo minus hinauslaufen. Dieses Minus gegenüber den heutigen Rechten der Versicherten und ihrer Familien wäre allerdings von erheblichem sozialpolitischem Gewicht. So hat Blank nach den bisher bekanntgewordenen Plänen u.a. folgendes im Sinn:

- 1) Nicht nur die Angestellten, sondern auch die Arbeiter sollen bei einem Monatsverdienst von mehr als 850 DM den Schutz der Pflichtversicherung verlieren. Für sie würde somit der Arbeitgeberanteil zum Krankenkassenbeitrag entfallen, und sie müßten als freiwillig Versicherte die finanziellen Verpflichtungen für sich und ihre Familien voll übernehmen. Das wäre für die betroffenen Arbeiter eine neue zusätzliche Belastung.
- 2) Wer mehr als 1.250 DM im Monat verdient, noch nicht 20 Jahre der gesetzlichen Krankenversicherung angehört und das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, soll ganz aus der sozialen Krankenversicherung ausscheiden. Er kann sich demnach noch nicht einmal mehr freiwillig weiterversichern. Ihm würde völlig der Stuhl vor die Tür der sozialen Sicherung im Krankheitsfall gesetzt.

- 3) Wer von den über 1.250 DM Verdienenden noch in der sozialen Krankenversicherung bleiben darf, soll sich dem Kostenerstattungssystem unterwerfen. Er hat zunächst die Arztrechnung aus eigener Tasche zu zahlen und erhält später von der Kasse einen gewissen Prozentsatz seiner Aufwendungen erstattet. Hunderttausende von Angestellten würden von dieser, ihren sozialen Status fühlbar beeinflussenden Regelung betroffen.
- 4) Die übrigen Krankenversicherten will Blank nach seiner neuesten Ankündigungen ebenfalls mit einer zusätzlichen Kostenbeteiligung belasten, deren Machart er im einzelnen noch mitteilen will. "Ungeachtet aller bisheriger Proteste" will er diese Kostenbeteiligungen doch noch durchzusetzen versuchen.
- 5) Ein weiterer Plan des Arbeitsministers geht dahin, die Pflichtversicherten künftig höhere Beitragsanteile zahlen zu lassen. Würden bisher die Kassenbeiträge dieser Gruppe je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht, so will Blank künftig diese Arbeitnehmer mit 60 Prozent und die Arbeitgeber nur zu 40 Prozent an den Aufwendungen der Krankenversicherung beteiligt sehen.
- 6) Neben anderen, weiteren Vorhaben soll auch der vertrauensärztliche Dienst verschärft werden.

Das gehört also mit zum bitteren Rest des Blank-Konzeptes. Die Abstinenzgegner des Abgeordneten Katzer haben auf dem CDU-Parteitag in Hannover erklärt, ohne "eine Reform der Krankenversicherung" (im Sinne des starken konservativen Flügels der CDU) würden sie keine Gleichstellung der Arbeiter durch eine volle Lohnfortzahlung genehmigen. Bisher ist nicht bekannt, ob die hinter der Parteitagsmehrheit stehenden Kräfte nunmehr Blanks neueste Pläne und Vorschläge für drastisch genug halten, oder ob sie noch weitere "Neuerungen" im Recht der deutschen Krankenversicherung zur Bedingung machen wollen. Auch weiß man nicht, ob sich die FDP durch dieses neue Blank-Konzept veranlaßt fühlen wird, in der Koalition in den Fragen der Lohnfortzahlung gesprächiger zu werden.

Das alles ist verwirrend genug. Gerade in der Sozialpolitik ist in Bonn nicht eine Koalition im Amt, die regiert, sondern vielmehr eine Regierung, die mühsam versucht, zu koalieren.

Im Lichte dieser Verhältnisse ist mithin Erhards Absicht zu beurteilen, CDU/CSU und FDP bis zu den nächsten Bundestagswahlen in den sozialpolitischen Gleichschritt zu bringen. Vor allem die Arbeitnehmer in der CDU stehen jetzt vor schwerwiegenden Entscheidungen.

Erhard hat nicht mehr viel Zeit. Die nächsten Sitzungen der für das Arbeits- und für das Sozialrecht zuständigen Bundestagsausschüsse stehen vor der Tür.

### In Geiste Erich Ollenhauers

sp - Viele Plätze und Strassen in der Bundesrepublik tragen den Namen Erich Ollenhauers, jenes Mannes, dessen beispielhaftes Leben und Wirken für Freiheit und Demokratie in die Zukunft hineinklingelt. Nach seinem jähen und unerwarteten Tod wurden sich erst viele bewußt, was diese Persönlichkeit für unser Volk bedeutete.

Die Friedrich Ebert-Stiftung und deren Geschäftsführender Vorsitzender Alfred Nau waren deshalb gut beraten, als sie beschlossen, innerhalb der Stiftung einen "Erich Ollenhauer-Fonds" anzulegen, der als verpflichtendes Vermächtnis Erich Ollenhauers der Förderung von Toleranz und Solidarität dienen soll. Mit Hilfe dieses Fonds sollen gefördert werden:

- 1) Deutsche und Ausländer, die sich in besonderem Maße um die Entwicklung freiheitlich-demokratischer Einrichtungen und der Vorbereitung und Vertiefung demokratischer Ideen verdient gemacht haben oder in diesem Sinne wirken;
- 2) Maßnahmen zur Überwindung von politischen, religiösen und rassistischen Vorurteilen;
- 3) Persönlichkeiten aus demokratischen Organisationen, die ihrer Überzeugung wegen in ihren Heimatländern nicht wirken können.

Die Gründung dieses Fonds liegt ganz im Sinne des großen Verstorbenen, dem zwar ein Staatsamt versagt blieb, der dennoch als hochverdienter Staatsmann die deutsche Nachkriegszeit entscheidend beeinflusste. Bei der Würdigung Erich Ollenhauers gibt es für ihn als Menschen und Politiker im deutschen Bereich vielleicht keinen zutreffenderen Vergleich als den mit Friedrich Ebert. Beiden ging die Demokratie, die Achtung vor der Würde ihrer Mitmenschen und die sich daraus ergebende politische Verantwortung, Toleranz und Fairness über alles. Beide waren unerschrockene Kämpfer für die einmal als richtig erkannten Ideale.

+ + -

### Angebrachte Skepsis

#### Die Bundesregierung und die Preissteigerungen

sp - Die Verabschiedung des Bundeshaushalts für das Jahr 1964 endete mit der Verkündung von vielen guten Vorsätzen durch die Regierung. Bundeswirtschaftsminister Schmücker will nun ernsthaft die immer noch ansteigende Preiswelle durch geeignete konjunkturpolitische Maßnahmen bekämpfen. Über die Art der beabsichtigten Maßnahmen schwieg er sich aus. Das ist verständlich, denn niemand läßt sich gern in seine Karten gucken. Der leidgeprüfte Verbraucher ist jedoch skeptisch geworden. Er hört zwar die Botschaft, ihm fehlt jedoch der Glaube. In jeder Regierungserklärung - es gab inzwischen deren vier seit 1957 - fehlte nicht der Satz, die Regierung erachte es als ihre oberste Pflicht, Geld- und Preisstabilität zu sichern. Es blieb bisher nur bei Worten. Die Preise kletterten in die Höhe, die geplagten Hausfrauen müssen tiefer in die Tasche greifen und die Regierung selbst tut oft das Gegenteil - siehe die Erhöhung der Postgebühren - von dem was sie sagt. Was Wunder, wenn sich Mißtrauen einschleicht und offizielle Versicherungen ihre Überzeugungskraft verloren haben?

+ + +

## Raumordnung über die Staatsgrenzen hinweg

Zur fünften europäischen Kommunalkonferenz in Straßburg

Von Gerhard Flämig, MdB

Das Europahaus in Straßburg stand vom 7. bis 12. April im Zeichen europäischer Kommunalpolitiker: Zum fünften Male tagte die Europäische Kommunalkonferenz, zu der 152 Delegierte aus 17 europäischen Nationen zusammengekommen waren. Die 18 deutschen Delegierten waren im Einvernehmen zwischen dem Auswärtigen Amt und den deutschen Sektionen des Rates der Gemeinden Europas, des Internationalen Gemeindeverbandes und der Internationalen Bürgermeister-Union entsandt worden. Zum Sprecher der Delegation wurde der Präsident des Deutschen Städtebundes, Stadtdirektor Horichs (CDU), zu seiner Stellvertreter der Ludwigshafener Oberbürgermeister Dr. Klüber (SPD) gewählt.

### Empfehlungen an den Ministerrat

Im Mittelpunkt der Beratungen standen diesmal Fragen der europäischen Raumordnung. Da die Städte und Gemeinden von den Beschlüssen der Europäischen Institutionen direkt betroffen werden und in den letzten Jahren wiederholt in große Schwierigkeiten geraten waren, weil sie von diesen Maßnahmen nicht rechtzeitig unterrichtet worden waren, wurde gefordert, die Organisationen der europäischen Kommunalverwaltungen schon im Stadium der Planung einzuschalten. Dem Minister-Komitee des Europarates wurden mehrere Empfehlungen zum Thema Europäische Raumordnung unterbreitet, insbesondere zum Ausgleich zwischen Stadt und Land, zur Regionalpolitik, zu kulturellen Fragen der europäischen Kommunalpolitik und ausserdem zur Gestaltung und Förderung der Städteverschwisterung. Auch zum Gastarbeiterproblem, zum Blutspendedienst sowie zum Kampf gegen die Verunreinigung von Luft und Wasser nahm die Konferenz eingehend Stellung.

Zum Präsidenten der Kommunalkonferenz, die nach den Worten des neugewählten Europarat-Generalsekretärs Smithers zu einer wertvoller und ständigen Einrichtung des Europarates wurde, wählte man einstimmig wiederum den Luxemburger Sozialisten Dr. Henry Gravatte, Vorsitzender des Kommunalausschusses der Beratenden Versammlung, zum ersten Vizepräsidenten den Engländer Sir Francis Hill. Im ständigen Ausschuss der Konferenz ist die Bundesrepublik durch den Präsidenten der deutschen Sektion des RGE, Oberbürgermeister Dr. Engel, Darmstadt (SPD), vertreten.

Zu politischen Diskussionen kam es, als zwei italienische Delegierte forderten, ertgegen den Empfehlungen des Minister-Komitees künftig auch Verbindungen zu osteuropäischen Kommunen über die "Weltföderation der verschwisterten Gemeinden" aufzunehmen. Der deutsche Delegierte, Direktor Hans Muntzke, Mülheim (SPD), verwies darauf, daß Städteverschwisterungen nur mit solchen Kommunen sinnvoll seien, deren Körperschaften demokratisch gewählt wurden. Trotz aller Deklamationen über Demokratie und Freiheit habe die "Weltföderation der

verschwisterten Gemeinden" bisher nicht unter Beweis gestellt, daß sie gegen totalitäre Systeme eingestellt sei. Sie habe es auch abgelehnt, sich dem Protest gegen die Berliner Mauer anzuschließen. In der Abstimmung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, es bei der ablehnenden Haltung gegenüber der "Weltföderation" zu belassen.

Im Rahmen der fünften Europäischen Gemeindekonferenz wurde der Europapreis 1964 für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Förderung eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins an die französische Stadt Aubenas (Ardèche) durch den Präsidenten der Beratenden Versammlung des Europarates überreicht.

#### Verschwisterte Gemeinden

Im Anschluß an die europäische Kommunalkonferenz fand, ebenfalls im Europahaus, am Wochenende ein erster Kongreß der europäischen verschwisterten Städte und Gemeinden statt. Er wurde vom Rat der Gemeinden Europas veranstaltet und stand ebenfalls unter der Leitung von Dr. Henry Cravatte. Rund 300 Bürgermeister aus den verschiedenen Ländern des freien Europa saßen - ohne Ansehen der Nationalität oder der Parteizugehörigkeit - einträchtig beieinander, um praktische Erfahrungen, die bei den "Jumelages" gesammelt wurden, auszutauschen. Hauptsorge der Kommunalverwaltungen, die den Austausch von Schülern, Kommunalpolitikern und Familien zwischen den verschwisterten Städten organisieren, ist die Frage der finanziellen Zuschüsse. Von mehreren Sprechern wurde gefordert, daß dem Rat der Gemeinden Europas pauschal alljährlich Mittel aus dem 40-Millionen-Programm des deutsch-französischen Jugendaustausches zur Verfügung gestellt werden, um zu verhindern, daß unnötige bürokratische Verzögerungen eintreten oder Mittel in Kanäle fließen, die gar nicht zu dem eigentlichen Zweck führen.

Auf dem Kongreß wurde bekanntgegeben, daß zur Zeit 358 westdeutsche Städte und Gemeinden mit insgesamt 19 Partnerländern Städteverschwisterungen eingegangen sind. 57 Prozent oder 205 Jumelage-Partner liegen in Frankreich, 78 in Großbritannien, vierzehn in den USA, je zwölf in Italien und den Niederlanden, acht in Skandinavien, sechs in Österreich, je vier in Belgien und der Schweiz und drei in Luxemburg. Elf deutsche Gemeinden unterhalten Beziehungen zu afro-asiatischen Kommunen.

Aufgrund der guten Erfahrungen in Straßburg sollen weitere Kongresse der verschwisterten Gemeinden stattfinden.

FLN 1964

### Rückblick und Vorschau

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der 2. Kongreß der algerischen Regierungspartei - gestern noch die führende Kraft im Untergrundkrieg für die nationale Unabhängigkeit - steht in diesem April 1964 im Zeichen neu angefachter Gegensätze. Der Kongreß wurde seit anderthalb Jahren mehrmals verschoben, bis die führende Gruppe um Ben Bella und Oberst Boumedienne, die FLN-Partei so weit reorganisiert hatte, daß sie auf dem Parteitag mit einer großen Mehrheit rechnen konnte und die oppositionellen Kräfte im Rahmen dieses Kongresses nicht mehr zu fürchten hatte.

Die bekannten Gegenspieler und früheren Kampfgefährten Ben Bellas haben denn von vornherein darauf verzichtet, an diesem FLN-Kongreß teilzunehmen. Das gilt sowohl für die kleinbürgerliche "Rechtsopposition" des früheren FLN-Präsidenten Fernat Abbas, als auch für die "Linksopposition" der einstigen Kampf- und Haftgenossen Ben Bellas: Mohammed Boudiaf, Mohammed Khidder und Rabah Bitat. Sie alle erklären, daß sie aufgrund der Methoden der gegenwärtigen Staats- und Parteiführung auf dem Parteitag jedenfalls nicht zu Wort gekommen wären. Die Hoffnung der Opposition auf den so lange geforderten und erwarteten Parteitag war somit noch vor Beginn der FLN-Tagung enttäuscht.

### Vor zehn Jahren ...

Im Oktober 1954 wurde die FLN von einer Handvoll entschlossener Revolutionäre gegründet. Die meisten dieser "historischen Führer" stehen, soweit sie den Befreiungskrieg überlebten, heute wieder in der Opposition oder im Untergrund. Ben Bella ist eigentlich der einzige von ihnen, der die Macht ergreifen und behalten konnte.

Erst zehn Jahre nach ihrer Gründung konnte sich die FLN im April dieses Jahres in Frieden zu ihrem ersten legalen Kongreß versammeln. Ihre Bruderparteien, die tunesische Verfassungspartei Neo-Destour und die marokkanische Istiqlal-Partei mußten allerdings noch etwas länger warten, elf bzw. zwölf Jahre, ehe sie sich zu ihrem ersten Kongreß versammeln konnten. Sie vereinten aber dann sowohl in Sfax als auch in Rabat tatsächlich die große Mehrheit ihrer Gründer und Vorkämpfer. Mit geringfügigen Ausnahmen: in Tunesien blieb Salah Ben Jussaf und in Marokko Allal El Fassi in der Opposition.

Leider steht es in der FLN anders. Die meisten Gründungsmitglieder lehnen es ab, an dem FLN-Kongreß, dessen Einberufung sie vorher mit großer Entschiedenheit forderten, teilzunehmen. Die Gründung der FLN war eine Revolte gegen den Führerkult des "Waters" der algerischen Nationalbewegung Messali Hadj. An Stelle seiner Autorität setzten die jungen Rebellen eine "kollegiale" Führung, zunächst das CRUA ("Comité Révolutionnaire pour l'Unité et l'Action") aus dem dann die FLN entstand.

### Verhinderte und verschobene Diskussionen ...

Die harten Bedingungen des Befreiungskrieges verhinderten die Einberufung eines wirklich demokratisch gewählten Kongresses. Beim ersten Kongreß im Soummam-Tal in der Kabylei im August 1955 war nur ein Teil der Untergrundkämpfer anwesend. Nicht nur die Auslandsdelegation, auch die Vertreter der Partisanen aus den Auresbergen, von wo der Aufstand seinen Ausgang genommen hatte, fehlten. - Unmittelbar darauf wurde ein Versuch der im Ausland lebenden FLN-Führer, eine gründliche Aussprache durchzuführen, durch den französischen Geheimdienst durchkreuzt: Ben

Bella und drei andere FLN-Führer wurden mit dem Flugzeug zwischen Rabat und Algier entführt und in Frankreich bis zum Kriegsende festgehalten. Seither war der Ruf nach Einberufung eines demokratisch gewählten FLN-Kongresses das Hauptanliegen der algerischen Freiheitsbewegung. In der Zwischenzeit trat der Nationalrat der Algerischen Revolution (CNRA), eine Versammlung von ausgewählten Aktivisten, mehrmals zusammen, zuerst in Kairo und dann mehrmals in Tripolis.

#### Der Marsch auf Algier

Die letzte Sitzung dieses Führergremiums der FLN führte am 27. Mai 62, am Vorabend der Unabhängigkeit, zum Bruch zwischen dem soeben wieder freigelassenen Ben Bella und seinen Freunden einerseits und dem damaligen Chef der Exilregierung Ben Khedda andererseits. Während Ben Khedda sofort nach Abschluß des Evian-Friedensvertrages mit seiner Regierung nach Algier kam, begann Ben Bella mit Mohammed Khidder als Vertreter des "Politbüros" und Oberst Boumedienne als Oberkommandierender der an der marokkanischen und tunesischen Grenze stationierten Truppen seinen Marsch auf Algier.

Ben Khedda mußte mit seiner provisorischen Regierung zurücktreten und Ben Bella ergriff die Macht, gestützt einerseits auf das Politbüro und andererseits auf die Grenzarmeen, die sich nunmehr in Algier einrichteten. Von diesen beiden Verbündeten erwies sich der militärische Generalstab bald als der stärkere. Mohammed Khidder konnte sich auf die mittleren und unteren Zellen der FLN nicht verlassen, die auf demokratische Selbstverwaltung und Weitertreibung der sozialen Revolution drängten.

#### Volkspartei oder Führerpartei ?

Seinen Ruf nach rascher Einberufung des FLN-Parteitagess verband er mit der Idee einer Massenpartei oder Volkspartei, während Ben Bella für eine straff organisierte "Führerpartei" nach leninistischem Muster war und infolgedessen den allseits geforderten Kongreß so spät wie möglich ansetzte. Mohammed Khidder mußte nun gleichfalls zurücktreten und zog sich eine Zeitlang nach Marokko zurück.

#### Die FFS ("Front der Sozialistischen Kräfte")

Unterdessen wuchs die oppositionelle Stimmung in den verschiedenen Teilen der Bevölkerung. Ein Teil der FLN in Algier und in der Kabylei sagte sich von Ben Bella los und gründete die "Front der Sozialistischen Kräfte" (FFS). An die Spitze dieser neuen Untergrundorganisation trat ein weiterer früherer Kampfgefährte Ben Bellas, Ait Ahmed. Als der Grenzkonflikt an der algerisch-marokkanischen Grenze ausbrach, sah sich Ben Bella veranlaßt mit den kabyllischen Aufständischen im November 1963 einen Waffenstillstand zu schließen und dabei ausdrücklich die Einberufung des Parteitagess "innerhalb fünf Monaten" zuzusichern. Der kabyllische Oberbefehlshaber Oberst Mohand Ou El Fadj blies daraufhin den Aufstand ab und stellte sich in den Dienst der Zentralregierung. Die FFS blieb aber mit Ait Ahmed im Untergrund und begann am Vorabend der April-Konferenz wieder bewaffnete Handstreiche.

#### Nicht Schlußpunkt, sondern Markstein

Die Umstände, unter welchen der so lang ersehnte und erhoffte Parteitag der FLN nun stattfand, die Abwesenheit aller oppositionellen Strömungen und der Mehrheit der "historischen Führer", der Ausschluß der Öffentlichkeit von den wichtigsten Debatten und das Wiederaufflammen der Kämpfe in der Kabylei, dürften die politische Tragweite dieses Kongresses stark vermindern. Von demokratischer Aussprache und Versöhnung zwischen den feindlichen Brüdern ist keine Rede, auch nicht von Verbreiterung der Grundlagen im Volk, sondern vielmehr von der Schaffung einer "ehernen Vorhut", an deren Spitze sich jetzt Ben Bella mit Oberst Boumedienne die Macht teilt.

In der algerischen Krise setzt der April-Kongreß 1964 keinen Schlußpunkt, sondern einen Markstein.